



HESSISCHER LANDTAG

17. 01. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Lehrkräftemangel darf Chancengleichheit nicht weiter verschärfen – Hessen braucht ein Gesamtkonzept gegen den Lehrkräftemangel

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der Lehrkräftemangel die Chancengleichheit an hessischen Schulen weiter verschärft. Die Bekämpfung des Lehrkräftemangels muss von der Landesregierung in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik gerückt und Maßnahmen nicht nur angekündigt, sondern schnellstmöglich umgesetzt werden.
2. Der Hessische Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung beabsichtigt, die Besoldung der verbeamteten Grundschullehrkräfte ab 2023 leider nur schrittweise bis 2028 und nicht sofort auf A 13 anzuheben. Der Hessische Landtag kritisiert, dass dieser Schritt zu spät, durch die Staffelung viel zu zögerlich und nur auf Druck von Opposition und Gewerkschaften zustande kam. Der Landtag fordert die sofortige Umsetzung, wie im Haushaltsänderungsantrag 20/9859 vorgesehen.
3. Gute Arbeit erfordert gute Arbeitsbedingungen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, jetzt eine Arbeitszeitstudie zu veranlassen, die sowohl die Belastungen als auch konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung untersucht, wie etwa die Senkung der Pflichtstunden, die Verkleinerung von Klassen oder auch die Verbesserung des Gesundheitsschutzes. Um mehr Lehrkräfte zu gewinnen und im Schuldienst zu halten, müssen die Rahmenbedingungen analysiert und zügig verbessert werden.
4. Gute Schulen brauchen multiprofessionelle Teams. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Schulen personell und finanziell so auszustatten, dass Aufgaben und Arbeit auf möglichst viele Schultern mit unterschiedlichen Professionen verteilt werden können und sich Lehrkräfte wieder auf ihr Kerngeschäft, den Unterricht, konzentrieren können. Zur Entlastung und Unterstützung sind zusätzliche Verwaltungs- und Gesundheitsfachkräfte, aber auch IT-Kräfte an den Schulen erforderlich.
5. Guter Unterricht braucht gut ausgebildete Lehrkräfte. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Lehramtsstudium auf zehn Semester für alle Lehramtsstudiengänge zu verlängern und die Durchlässigkeit zwischen den Lehrämtern zu verbessern. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, die Zahl der Lehramtsstudienplätze weiter zu erhöhen und die Studienbeschränkungen, wie Numerus Clausus, abzubauen. Damit weniger Studierende ihr Studium abbrechen oder den Studiengang wechseln, muss die Begleitung deutlich verbessert werden. Dazu muss die Landesregierung die Betreuungsrelation verbessern, mehr Dauerstellen in der Lehre schaffen und endlich auch ein Lehramtsstipendium für Mangelfächer und Mangelfachrichtungen in allen Lehramtsstudiengängen auf den Weg bringen.
6. Gute Lehrkräfte brauchen gute Perspektiven. Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Hochschulen, Studienseminaren und Gewerkschaften, sofort berufs begleitend mehr Quereinsteigerinnen und -einsteiger, die bisher über keine Lehrbefähigung verfügen, zu qualifizieren. Der Vorbereitungsdienst ist außerdem so zu gestalten, dass fehlende Ausbildungsinhalte aus dem Studium nachgeholt werden können. Um den Vorbereitungsdienst insgesamt aber auch für den Quereinstieg attraktiver zu machen, muss die Landesregierung die Bezahlung über den Mindestlohn anheben. Befristet eingestellten Lehrkräfte müssen Nachqualifizierungen angeboten und erfahrene Lehrkräfte als Mentorinnen und Mentoren zur Seite gestellt werden.

7. Lehrkräftegewinnung braucht gute Konzepte und langfristige Planungen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein strategisches Konzept zur Lehrkräfteaus-, Fort- und Weiterbildung zu entwickeln, um den noch bestehenden Lehr- und Fachkräftemangel zu beheben und künftig besser auf Mangelsituationen in bestimmten Fächern oder Schulformen kurz-, mittel- und langfristig zeitnah reagieren zu können.
8. Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Sozialindex so umzugestalten und schulscharf auszurichten, dass Schulen in herausfordernden sozialen Lagen mehr Ressourcen erhalten, um etwa kleinere Klassen oder Doppelbesetzungen zur besseren individuellen Förderung zu ermöglichen. Dies erhöht die Attraktivität der schulischen Arbeit, fördert aber auch die Vernetzung mit dem Umfeld und innerhalb der multiprofessionellen Teams.
9. Neue Wege gehen. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Lehrkräftegewinnung nicht nur auf Werbeplakate und Kampagnen zu setzen, sondern neue Modelle zu erproben. Beispielsweise könnte das Land ein Teilzeitstudium mit dem Ziel Bachelor und Master ermöglichen. Ferner fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Zahl der Plätze im Vorbereitungsdienst auszuweiten, auch in Teilzeit, um das Referendariat attraktiver zu machen und Abbrüche zu vermeiden.
10. Wege in den Schuldienst müssen kontinuierlich durch berufsbegleitende Qualifizierung erleichtert werden. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse von Lehrkräften zu forcieren, Spracherwerb und Qualifizierung berufsbegleitend durchzuführen. Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte, die nur ein Unterrichtsfach studiert haben, was im Ausland oft der Regelfall ist, oder die in anderen Bundesländern an Schulen Berufserfahrung gesammelt haben, vom Schuldienst ausgeschlossen sind und zurück an die Universität geschickt werden.

Begründung:

In Hessens Schulen fehlen Lehrkräfte an allen Schulformen. Das hat gravierende Auswirkungen auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, aber auch auf die Arbeitsbedingungen an Schulen. Ausfall von Fachunterricht und weiteren schulischen Angeboten, nicht nur bei unvorhersehbaren Situationen sowie eine höhere Arbeitsbelastung für Lehrkräfte und pädagogisches Fachkräfte sind die Konsequenzen. Personallücken durch neue Stellen zu schließen, gelingt nicht, weil diese nicht besetzt werden können. Jahrelange Fehleinschätzungen des Kultusministers und weiter steigende Schülerzahlen in den kommenden Jahren erfordern Handeln und konkrete Maßnahmen.

Mit der angekündigten schrittweisen Anhebung der Eingangsbesoldung für Grundschullehrkräfte auf A 13 ist ein seit langem überfälliger und notwendiger erster Schritt erfolgt, den Beruf attraktiver zu machen und die pädagogische und fachliche Arbeit an den Grundschulen anzuerkennen. Diese einzelne Maßnahme reicht jedoch keineswegs aus.

Wiesbaden, 17. Januar 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph